

Debatte um Wahlfragen. Wir haben daraufhin sehr genau auch geprüft: War es notwendig? - Ich würde sagen ja. Man kann keine Wahl angehen, ohne vorher eine Spielregel zu haben. Sicherlich kann es sein, daß dem einen die Spielregel rechter und dem anderen weniger recht ist. Alles akzeptiert. Aber ich möchte konstatieren, ohne Spielregeln geht es nicht. Die gibt es nun.

Frage: Sperrklausel. Ich möchte dazu noch eine Sentenz der Liberalen liefern. Es ist immerhin ein bißchen kühn von uns. Wir sind mit 5,3 Prozent in dieses Parlament gekommen, und wenn wir sagen 5 Prozent, dann haben wir uns unter Umständen durchaus selbst in eine Position gebracht, die uns Schwierigkeiten bereiten wird. Warum haben aber gerade Die Liberalen das getan, das zu unterstützen?

(Weil sie sonst noch weniger kriegen! - von der PDS)

Nein nein, das haben wir alles nachrechnen lassen, ich komme noch darauf zurück.

Wir haben wenig gute Erfahrungen damit, daß die Liberalen häufig - und das mag vielleicht auch heute hier das Problem sein - eine außerordentlich akademische Politik - ich will es mal so ausdrücken - zu betreiben pflegen, die ganz schwer an den Mann, der sie gebrauchen soll, zu bringen ist. Und in dieser Zerstrittenheit um Politisches hat gerade Ende der Weimarer Republik der zerstrittene Liberalismus im Grunde genommen einen Anteil an der Möglichkeit, daß der bewußte starke Mann kam, der dann später Adolf Hitler hieß, der dann Schlimmes im Grunde genommen angerichtet hat. Aus Angst vor dieser akademischen Zerstrittenheit nehmen wir lieber eine strenge Sperrklausel in Kauf, in der Hoffnung, daß es dann nie wieder den Ruf nach dem starken Mann geben muß. Wir glauben, daß eines dafür, das andere dagegen spricht. Ich will nur unsere Position erläutern.

Ein Zwischenruf zielte - glaube ich - darauf ab, ob wir in der einen oder anderen Version etwas davon haben. Bitte nehmen Sie mir das große Ehrenwort ab. Wir waren natürlich auch so klug, alles durchzurechnen, in allen Varianten. Bei uns ist die Differenz ein Mandat gewesen, unter allen Spielregeln. Wir haben also am wenigsten Grund, hinnehmen zu müssen, daß wir in Sachen Wahlmanipulation angetreten sind. Wir möchten einfach, daß ein Gesetz da ist, das erst einmal eine Spielregel ist.

Was Sperrklauseln angeht mit der Besonderheit, daß nun DDR-Spezifika irgendwelcher Art kaputtgehen - ich glaube, wir sollten uns alle wieder daran erinnern: Wir haben fünf Länder; diese fünf Länder sind ihrer geschichtlichen Spezifik verbunden, und sie sind der eigentliche Nährboden der Besonderheiten DDR. Und dort ist niemandem etwas verboten worden.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Herr Abgeordneter, sind Sie bereit, eine echte Zwischenfrage zu beantworten? Sonst haben wir immer bloß Nachfragen.

(Prof. Dr. Ortleb, Die Liberalen: Also, ich bin gerade am Ende gewesen, ich stehe zu Fragen.)

Dr. Gysi (PDS):

Herr Prof. Ortleb, würden Sie einräumen, daß man nicht ernsthaft behaupten kann, daß der Faschismus durch das Fehlen einer Sperrklausel im Wahlrecht ermöglicht wurde, daß es da ganz andere Ursachen gab, z. B. die Spaltung der Arbeiterbewegung, aber auch das Bündnis der Nazis mit der Wirtschaft und viele andere Fragen. Sie können doch nicht ernsthaft so tun, als ob die Spielregeln des Wahlrechtes den Faschismus ermöglicht haben. Das wäre doch kein durchzuhaltendes Argument.

Die zweite Frage, wenn ich sie gleich stellen darf: Sie sagen, die F.D.P. hat auf gar keinen Fall etwas davon. Hat sie nicht vielleicht doch etwas davon, weil sie gerade aufgrund dieser Sperrklausel die gesamten Jahre über in der Bundesrepublik das Zünglein an der Waage war und eigentlich immer entschieden hat, wer regiert, ob SPD oder CDU, je nachdem, mit wem sie ge-

gangen ist, wenn ich mal die kurze Phase der großen Koalition herausnehme oder die Anfangsjahre, als die CDU die absolute Mehrheit hatte, und daß die F.D.P. befürchtet, diese Funktion zu verlieren, wenn da noch andere Parteien eindringen?

Prof. Dr. Ortleb (Die Liberalen):

Zur ersten Frage: Ich hatte durchaus nicht die Absicht, zur Frage der Entstehung des Faschismus hier zu debattieren. Ich habe einen Aspekt gezeigt, der Liberale nachdenklich macht, warum Zerstrittenheit, eigentlich gleicher politischer Richtung schädlich sein kann, ein Beispiel. Ich will mich nicht dazu versteigen - und ich bin dankbar für diese Frage, damit kann ich das klarstellen -, daß etwa der Faschismus durch die Zerstrittenheit der Liberalen entstanden sei. So ist es nicht zu verstehen, es ist ein Aspekt, ein Schlaglicht, was ich geben wollte.

Zur zweiten Frage: Da haben sich Meinungsforscher und alle möglichen Experten schon damit befaßt, ob das etwas bringt oder nicht. Ich würde aber sagen: Ich glaub nicht, daß es so ist, daß man auch damit ausgeschlossen hat, daß die Waage plötzlich mehrere Zungen und Gewichte haben kann. Ich meine, das liegt immer noch am Wähler, wie er verteilt, und es liegt immer an der eigenen Attraktivität einer Partei, ob es ihr gelingt, so viele Leute von der Sinnfälligkeit der Ziele zu überzeugen. Wir dürfen nur eins im Haus nicht vergessen: Wir können Regeln machen, wie wir wollen - der Wähler wählt am Ende, und er hat's in der Hand.

(Beifall bei CDU/DA, Liberalen und SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder :

Sind Sie bereit, auf eine weitere Zwischenfrage einzugehen? - Bitte schön, Frau Birthler.

Frau Birthler (Bündnis 90/Grüne):

Gehen Sie mit mir einig in der Auffassung, daß eine Sperrklausel nur solange ein Schutz gegen undemokratische Parteien ist, solange sie klein sind? Spätestens, wenn diese Parteien größer werden, zeigt sich, daß die Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft davon abhängt, daß sie Probleme bearbeitet und nicht ausgrenzt.

Prof. Dr. Ortleb (Die Liberalen):

Ich sagte doch, ich bin im Fettnäppchen. Aus dem heraus antworte ich Ihnen aber. Es ist ein Mißverständnis, wenn Sie denken, daß Liberale einer Sperrklausel zuneigen, weil sie meinen, damit undemokratische Parteien verhindern zu können. Das Verhindern undemokratischer Parteien geht grundsätzlich nur durch den Wähler. Und es hat auch keinen Sinn, irgendeine Partei verbieten zu wollen, glaube ich, weil das nur zur Folge hat, daß sie eine Märtyrerpartei werden kann, der man dann erst einen Spielraum gibt.

Eine Auseinandersetzung mit einer Partei ist prinzipiell nur in demokratischer Form möglich.

(Dr. Gysi, PDS: Dann stimmen Sie auch gegen die Sperrklausel?)

Nein, nein, nein, das kann man so nicht sagen; denn solange sie da sind, muß man sich mit ihnen auseinandersetzen, und es ist ein Irrtum, wenn nur das Parlament die Sphäre der Auseinandersetzung wäre.

(Zuruf einer Abgeordneten der PDS: Aber eine wirkungsvolle.)

Eine wirkungsvolle, ohne weiteres, nur das, was wir jetzt haben, eine, wenn wir so wollen, in Übergang befindliche NoCh-DDR, ist niemals in einem Parlament, sondern auf der Straße entschieden worden.